



## Anleitung zur digitalen Revolution der Demokratie

**Stefan Bühler**

Dank der Digitalisierung soll das Volk viel umfassender als heute in politische Prozesse einbezogen werden, fordern Professoren und Politiker.

Wenn von der Digitalisierung die Rede ist, stehen meist wirtschaftliche Fragen im Zentrum: Welche Chancen bieten sich den Unternehmen? Gefährdet die Digitalisierung unsere Arbeitsplätze? Diskutiert wird auch über die Informatikausbildung und den Datenschutz. So etwa an der Konferenz «Digitale Schweiz» morgen Montag in Biel oder am nationalen «Digital Day» am Dienstag.

Unabhängig davon richten nun Professoren der Universität Zürich sowie Fachleute und Parlamentarier das Augenmerk auf ein anderes Feld - die Digitalisierung der Demokratie: «Schweiz, wir müssen reden!», lautet der Titel eines Manifests, mit dem sich die Gruppe an die Öffentlichkeit richtet: «Dieses Manifest ist ein Appell dafür, digitale Instrumente für eine Erneuerung der direkten Demokratie bewusst und positiv einzusetzen.» Treibende Kräfte hinter dem Aufruf sind der Zürcher Professor Abraham Bernstein, Direktor der «UZH Digital Society Initiative», einem Projekt, das sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Digitalisierung an der Universität

koordiniert und fördert. Hinzukommen Politologieprofessor Fabrizio Gilardi sowie der Politologe Maximilian Stern.

Während die Ziele im Manifest eher abstrakt formuliert sind, nennt Informatikprofessor Bernstein konkrete Beispiele, wie die Digitalisierung demokratische Prozesse verändern könnte: «Heute erarbeiten Experten einen Vorschlag für die Neugestaltung eines Platzes im Quartier oder im Dorf. Sie schicken ihn in die Vernehmlassung, und am Ende kann die Bevölkerung in einer Abstimmung nur noch Ja oder Nein dazu sagen», sagt Bernstein. «Dabei existieren bereits jetzt Programme, mit denen sich Ideen aus der Bevölkerung sammeln und online miteinander vergleichen lassen; man kann sogar feststellen, welche Ideen besser und welche schlechter ankommen. Die Bevölkerung könnte also viel früher, aktiv und kontinuierlich in eine Planung einbezogen werden.» Politologieprofessor Gilardi hofft, mit dem Manifest eine breitere Debatte auszulösen: «Heute wird fast nur über das Wählen und Abstimmen per Internet, das E-Voting oder E-Government diskutiert. Doch es geht hier nicht nur um die Frage, wie wir mit Informatiktools heutige politische Prozesse optimieren.» «Vielmehr müssen wir diskutieren, wo sich dank der Digitalisierung für die

Demokratie neue Chancen bieten, aber auch, welche Risiken bestehen», sagt Maximilian Stern.

Unterstützt werden sie von Parlamentariern aller grossen Parteien. Darunter die Nationalräte Balthasar Glättli und Franz Grüter. Der SVP-Vertreter und Informatikunternehmer Grüter möchte mit seinem Engagement der Debatte eine neue Richtung geben: «Bisher steht die Perspektive des Staats im Vordergrund: Behörden treiben E-Voting voran, die Schaffung einer elektronischen Identität. Der Nutzen für den Bürger steht derweil im Hintergrund, etwa das Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden per Internet. Das will ich ändern.» Und Glättli von den Grünen erklärt: «Wie in der Wirtschaft liegt auch in der Demokratie der Nutzen der Informatik nicht darin, bisherige Abläufe einfach zu digitalisieren, sondern die Prozesse grundsätzlich neu zu gestalten.» Es gehe um die Frage, «wie sich die Bürgerinnen und Bürger dank der Digitalisierung besser an den politischen Prozessen beteiligen können.»

Um dies herauszufinden, startet die Gruppe heute Sonntag eine Online-Umfrage unter [digital-manifest.ch](http://digital-manifest.ch), wo Vorschläge zur digitalen Reform der direkten Demokratie eingebracht werden können.



**Fabrizio Gilardi**



**Abraham Bernstein**